

07.10.2013

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 1578 vom 27. August 2013
der Abgeordneten Angela Freimuth FDP
Drucksache 16/3876

Studienbeiträge für ausländische Studierende aus Nicht-EU-Ländern auch in NRW bald ein Thema?

Die Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung hat die Kleine Anfrage 1578 mit Schreiben vom 4. Oktober 2013 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Finanzminister beantwortet.

Vorbemerkung der Kleinen Anfrage

Die grün-rote Landesregierung in Baden-Württemberg plant die Wiedereinführung von Studiengebühren für die aktuell 28.000 Studierenden aus Nicht-EU-Staaten an baden-württembergischen Hochschulen. Nach Vorstellung der baden-württembergischen Fraktionschefin der Grünen im Landtag, Edith Sitzmann, könnten diese Gebühren bis zu 1000 Euro pro Semester betragen. In einem Gespräch mit den Stuttgarter Nachrichten führte Sitzmann aus, dass sie davon ausgehe, dass sich die betroffene Gruppe Studiengebühren finanziell leisten könne: „In der Regel stammen diejenigen, die aus den USA oder Asien zu uns kommen, nicht aus den ärmsten Elternhäusern.“ Die möglichen Einnahmen bezifferte die Freiburger Grünen-Politikerin auf „einen zweistelligen Millionenbetrag“ (vgl. Stuttgarter Nachrichten vom 15. August 2013).

Die grüne Wissenschaftsministerin aus Baden-Württemberg, Theresia Bauer, hat diese Pläne bestätigt. Nach dem Wegfall der allgemeinen Studienbeiträge in Baden-Württemberg zum Sommersemester werde derzeit vom Ministerium rechtlich geprüft, welche besonderen Gegebenheiten bei der Einführung von Studiengebühren für Studierende aus Nicht-EU-Ausländern berücksichtigt werden müssten.

Die Idee von Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer ist nicht neu. Erst jüngst hat sich auch der ehemalige rheinland-pfälzische Bildungs- und Wissenschaftsminister und berliner Bildungssenator, Emil Jürgen Zöllner (SPD), für die Einführung von Studiengebühren für Nicht-

Datum des Originals: 04.10.2013/Ausgegeben: 10.10.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

EU-Ausländer ausgesprochen (vgl. Tagesspiegel vom 26. April 2013). Deutschland könne es seinen Steuerzahlern nicht weiter zumuten, bei knappen Kassen die Wohltat eines gebührenfreien Studiums auf Menschen aus aller Welt zu verteilen, die hinterher ihre Kenntnisse aber im Ausland einbringen.

- 1. Wie steht die Landesregierung zu der Idee, Studienbeiträge für Studierende aus Nicht-EU-Ländern an öffentlich geförderten Hochschulen auch in Nordrhein-Westfalen einzuführen (Darstellung bitte mit Zeitplan für die Einführung)?**

Die Landesregierung hegt keine diesbezüglichen Planungen.

- 2. Stimmt die Landesregierung der Argumentation zu, dass sich Studierende aus gut situierten Elternhäusern Studienbeiträge oder –gebühren finanziell leisten könnten und es deshalb gerecht sei, einen finanziellen Beitrag für die Kosten der Ausbildung bzw. des Studiums zu verlangen?**

Siehe zu Frage 1.

- 3. Wie viele ausländische Studierende studieren derzeit an den öffentlich geförderten Hochschulen in Nordrhein-Westfalen (Darstellung bitte hochschulscharf, differenziert nach EU-Ausländern und Nicht-EU-Ausländern bzw. Herkunftsländern)?**

An den Hochschulen in der Trägerschaft des Landes sowie an den staatlichen Kunsthochschulen studierten im Wintersemester 2012/13 68.096 ausländische Studierende, davon 19.124 EU-Ausländer und 48.972 Nicht-EU-Ausländer:

<u>Hochschulen</u>	<u>Anzahl EU-Ausländer</u>	<u>Anzahl Nicht EU-Ausländer</u>	<u>Gesamt</u>
Universitäten	15.585	34.178	49.763
U Aachen (TH)	1.748	4.134	5.882
U Bielefeld	426	1.042	1.468
U Bochum	1.140	3.823	4.963
U Bonn	1.268	2.627	3.895
U Deutsche Sporthochschule Köln	128	150	278
U Dortmund	495	2.492	2.987
U Duisburg-Essen	837	5.324	6.161
U Düsseldorf	923	2.063	2.986
U Hagen (Fernuniversität)	4.444	2.578	7.022
U Köln	2.044	3.307	5.351
U Münster	1.121	1.910	3.031
U Paderborn	262	1.471	1.733
U Siegen	329	1.633	1.962
U Wuppertal	420	1.624	2.044

<u>Hochschulen</u>	<u>Anzahl EU- Ausländer</u>	<u>Anzahl Nicht EU- Ausländer</u>	<u>Gesamt</u>
Fachhochschulen	2.976	13.462	16.438
FH Aachen	362	1.724	2.086
FH Bielefeld	93	481	574
FH Bochum	150	671	821
FH Bonn-Rhein-Sieg	144	749	893
FH Dortmund	224	1.307	1.531
FH Düsseldorf	257	1.007	1.264
FH für Gesundheitsberufe in NRW, Bochum	10	12	22
FH Gelsenkirchen	125	863	988
FH Hamm-Lippstadt	15	121	136
FH Köln	760	2.670	3.430
FH Münster	204	608	812
FH Niederrhein	279	1.256	1.535
FH Ostwestfalen-Lippe	81	363	444
FH Rhein-Waal	77	602	679
FH Südwestfalen	183	879	1.062
FH Westliches Ruhrgebiet	12	149	161
Kunst- und Musikhochschulen	563	1.332	1.895
KH Düsseldorf (Kunstakademie)	50	86	136
KH Folkwang-Hochschule Essen	134	352	486
KH für Medien Köln (Kunsthochschule)	24	72	96
KH für Musik Detmold	89	192	281
KH für Musik Köln	191	407	598
KH Münster (Kunstakademie)	10	58	68
KH Robert-Schumann, Düsseldorf	65	165	230
Gesamt	19.124	48.972	68.096

4. Mit welchen Einnahmen könnte gerechnet werden, wenn es an öffentlich geförderten Hochschulen in Nordrhein-Westfalen Studienbeiträge in Höhe von 500 Euro pro Semester für Nicht-EU-Ausländer geben würde?

Die Beantwortung dieser Frage setzt ein entsprechendes Konzept der Landesregierung voraus, was nicht vorliegt (siehe zu Frage 1). Wegen der Abschreckungswirkung von Studiengebühren kann nicht prognostiziert werden, wie viele Nicht-EU-Ausländer im Falle der Gebührenpflicht hier studieren würden.

5. Inwieweit unterstützt die Landesregierung, dass an den nordrhein-westfälischen Hochschulen auch junge Menschen aus Nicht-EU-Ländern studieren (bitte mit Auflistung der konkreten Maßnahmen mit Finanzvolumen)?

- **Kurzzeitstipendienprogramm der Landesregierung für Studierende aus Israel, den Palästinensischen Gebieten und dem Hashemitischen Königreich von Jordanien**

Hochqualifizierten Studierenden aus Israel, den Palästinensischen Gebieten (ausgenommen ist der Gaza-Streifen) und dem Hashemitischen Königreich von Jordanien wird ein Aufenthalt von bis zu drei Monaten an einer Hochschule in Nordrhein-Westfalen gewährt. Das Programm ist mit 100.000 € dotiert. Bis zu 25 Studierende können pro Jahr nach Nordrhein-Westfalen eingeladen werden.

- **Johannes-Rau-Stipendienprogramm**

Die Landesregierung vergibt bis zu vier Johannes-Rau-Stipendien zur Förderung von Doktoranden und jungen Nachwuchswissenschaftlern aus jungen Demokratien Mittel- und Osteuropas. Das Förderprogramm ist mit 60.000 € pro Jahr dotiert.

- **Förderung des Auf- und Ausbaus wirtschaftswissenschaftlicher Fakultäten an paschtu-sprachigen Universitäten in Afghanistan**

Das MIWF unterstützt die Studienaufenthalte afghanischer Dozentinnen und Dozenten für wirtschaftswissenschaftliche Bachelor-Module an der Ruhr-Universität Bochum (RUB). Im Rahmen des Programmes werden Stipendienmittel in Höhe von 163.000 € für 25 Teilnehmer/innen während der vierjährigen Projektlaufzeit (bis Ende 2013) zur Verfügung gestellt.

- **Landesstipendienprogramm Schwellen- und Entwicklungsländer mit den beiden Programmlinien 'Individualstipendium' und 'Kooperationen'**

HHJ	Ansatz	Bewilligungen	davon individual	davon Koop.
2012	2.2 Mio €	2.194.545 €	1.557.195 €	637.350 €
2013	2.1 Mio. €	1.996.130 €	1.333.530 €	662.600 €

Dieses Programm wird zum Haushaltsjahr 2014 vollständig eingestellt.

- **Pilotvorhaben: 'Bildungsausländer mit Zugangsprüfung beim Studienstart begleiten'**

Haushaltsjahr	Ansatz
2013	500.000 €

Der Ausbau der Öffnungspolitik des Landes im Hochschulbereich soll integrativ gestaltet werden. Eingangsangebote der Hochschulen sollen sich nach sachlichen Notwendigkeiten, nicht aber nach der bloßen Herkunft richten können. Damit einher geht die bessere Integration der Bildungsausländer, deren schulische Hochschulzugangsberechtigung hier nicht unmittelbar anerkannt wird und die erfolgreich die Hochschulzugangsprüfung bestanden haben, in die Eingangsangebote der Hochschulen. Hierzu bietet das Land die nötige Unterstützung in Form von Pilotvorhaben, die 2013 an fünf Hochschulen mit den notwendigen Vorarbeiten gestartet sind. Voraussichtlich können

ab dem Wintersemester 2014/2015 hier die ersten Studierenden ihr Studium aufnehmen.